

## Globaler Krieg oder Frieden?

Jakob Schissler/Gerhard Preyer

„Der Krieg“, so hieß es einmal, „ist der Vater aller Dinge.“ Für uns in der Bundesrepublik Deutschland hat sich dieser Satz nach zwei Weltkriegen, nach Korea-, Vietnam- und Kaltem Krieg verschlissen. Ist er deshalb aber historisch schon obsolet geworden? Eine andere geläufige Rede, die auf die römische *pace romana* zurückgeht, lautet: „Willst du den Frieden, bereite dich auf den Krieg vor.“ *Pace romana*, das bedeutete: Die Römer beherrschen die Völker, um sie zu befrieden. Dies war zumindest das politische Programm, wobei den römischen Bürgern gleichzeitig bestimmte Privilegien eingeräumt wurden.

Der Krieg als Vater aller Dinge schien allgegenwärtig, selbst der als höher zu bewertende Frieden war von ihm abhängig. Das Organisationsprinzip des modernen Nationalstaates, das gehört zu dem Gemeingut der Soziologie, hat die Gewaltanwendung „kaserniert“, wie es Niklas Luhmann im Anschluss an Max Weber formuliert hat. Die Rolle des Nationalstaates wird aber im Zeitalter der Globalisierung neu bestimmt. In einer globalen Welt wird der Nationalstaat zwar nicht gänzlich verschwinden, aber er hat viele Mit- und Gegenspieler. Davon ist auch sein Gewaltmonopol betroffen, wie auch das auf Clausewitz zurückgehende Verständnis vom „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Es betrifft dies wesentlich den Kombattantenstatus. Dies hat vermutlich auch eine Unterhöhung des Völkerrechtes zur Folge. Darauf sollte man sich einstellen.

Nicht mehr der Friedensaktivist, sondern der Waffenspezialist scheint in der Welt nach dem Kalten Krieg das Sagen zu haben. Einerseits sind nach dem Zerfall des Sowjetimperiums weltweit Millionen von Soldaten freigesetzt worden, andererseits waren die Waffenlager der Armeen und ihrer Zuliefererbetriebe gefüllt mit begehrten Tötungsinstrumenten. Dazu kam, dass sich die Welt nach dem Kalten Krieg nicht mehr einfach nur in zwei Blöcke aufteilen ließ, sondern dass einzelne Regionen, Staaten und ethnische Gruppierungen wieder mit eigenen Bestrebungen die politische Bühne betraten. Neu daran war vor allem, dass die ethnischen Konflikte, die zum Beispiel in Europa bis dahin peripher waren, jetzt ein neues Gewicht bekamen. Heute wollen zum Beispiel im ehemaligen Einflussbereich der Sowjetunion Religionsgemeinschaften und Ethnien die Grenzen ihrer Zugehörigkeit selbst bestimmen. Ähnliches lässt sich auch im Hinblick auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, aber auch der nachkolonialen Staaten Afrikas feststellen. Diese veränderte Situation ist gerade als ein Ergebnis der paradoxen Auswirkungen von Globalisierung zu begreifen.

Viele Unruheherde wurden von den Großmächten sich selbst überlassen. Man dachte, dass diese Länder und Gebiete ohne ausreichende finanzielle Mittel nicht in der Lage sein werden, Konflikte mit militärischen Mitteln auszutragen. Darin hatten sie sich geirrt. Eine weitere Ressource wurde in diese Überlegung

nicht einbezogen: die ethnischen Konflikte und die fundamentalistischen Religionsgemeinschaften. Nach 1991 betraten sie unerwartet wieder die politische Szene. Die Mitglieder der Ethnien und Verwandtschaftssysteme der Dritten Welt befinden sich häufig im Schatten der Globalisierung; die Mitglieder der Religionsgemeinschaften des Islams und ihrer Gruppierungen sind zwar nicht durchgängig arm, aber sie haben sich eine religiöse Erlösungsüberzeugung und einen religiösen Stolz zugelegt, der sich in Hass äußert. Kurzum, nach 1991 sehen sich die Mitglieder der westlichen Kultur selbstbewussten fundamentalistischen Gruppierungen gegenüber. Hier ist mit einem „clash of civilisations“ zu rechnen (Huntington), der kaum mehr Verständigungschancen in Aussicht stellt.

Aber auch die westliche Welt expandiert. Freihandel, freie Finanzmärkte, globale Herstellungs- und Konstruktionsketten von Produkten sind bereits etabliert. Junge Wirtschaftseliten wachsen nach, die selbstbewusst ihre Interessen verfolgen. Wir befinden uns nicht mehr einfach in einer Welt von Konflikten, die durch eine alternative Wahl von Mitteln einer Lösung zugeführt werden können.

## Neue Kriege

Die Chancen, in dieser Situation am Wohlstand teilzunehmen, werden auch weiterhin ungleich verteilt sein. Die selbstbewussten Mitglieder der zurückfallenden Populationen, die von traditionellen sozialen Strukturen und von der wirtschaftlichen Globalisierung nicht profitieren, sehen für sich zum Beispiel die Chance, sich einem Kommandanten anzuschließen, der ihnen eine Waffe in die Hand drückt und ihnen erklärt, dass sie nunmehr etwas Besonderes seien. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Kindersoldaten, die zu Killern sozialisiert werden. Sie erreichen damit aus ihrer Sicht, dass man sie ernst nimmt

(Robert Kaplan). Sie bekommen eine neue soziale Identität und erleben durch ihren neuen Status eine Art von Wiedergeburt. Die Mitglieder der Religionsgemeinschaft des Islams sind sich ihrer kriegerischen Mission schon seit Jahrzehnten bewusst. Der Kampf gegen Christen und Juden an den „blutigen Grenzen des Islams“ gehört bereits zu seiner kollektiven Identitätsbildung. Die gegenwärtige Bruchstelle zwischen Israel und der grundsätzlich neuen Situation im „Krieg“ gegen die Palästinenser ist vermutlich von dem „Zusammenprall“ der Kulturen her zu interpretieren. Die gegenwärtigen Selbstmordattentate, auch solche von Jugendlichen, werden bereits durch die ihnen zur Verfügung stehenden Massenmedien begleitet und gefeiert. Vermutlich gibt es seit Anfang der neunziger Jahre weltweit islamistische terroristische Netzwerke, deren Effektivität wir am 11. September erlebten. Zu erinnern ist hierbei an den ersten Anschlag auf das World Trade Center. Ob sich diese Netzwerke zerschlagen lassen, ist heute noch nicht einzuschätzen. Rückblickend zeichnet sich ab, dass die Erwartungen in eine Modernisierung westlichen Zuschnitts innerhalb der arabischen Staaten und der kolonialen Nachfolgestaaten Afrikas, die man noch Ende der fünfziger Jahre hatte, gescheitert sind. Das Schlüsselereignis war diesbezüglich der Zusammenbruch des Schah-Regimes im Iran.

Ein anderer Umstand ist aber in diesem Zusammenhang zu erwähnen, der etwas Grundsätzliches verändert hat. Sowohl Gottes- als auch Guerillakrieger können sich heutzutage mit Waffen versorgen, die zum Beispiel in Pakistan oder in Westafrika unter einfachsten technischen Bedingungen hergestellt werden. Zwei Merkmale dieser Art von Kriegsführung sind erkennbar: Die westlichen Staaten greifen in diese Konflikte nicht militärisch ein. Der Somalia-Konflikt hat zudem gezeigt, dass die traditionelle

Operationsweise der Militärorganisation leicht unterlaufen werden kann. Daraus hat man bereits gelernt. Zum zweiten weicht die neue Art der Kriegsführung von den Regeln der Genfer Konvention ab. Diese hat zwar auch nicht die Materialschlachten in den beiden Weltkriegen verhindern können, hat aber der Idee nach den Status des Kombattanten deutlich von dem des Nichtkombattanten getrennt. Gerade dies gilt mittlerweile nicht mehr.

Der Terrorist und der Guerillakrieger bewegen sich im Untergrund. Carl Schmitt erkannte bereits die neue Form des Krieges. Im „Partisanen“ sah er eine neue Figur, die strategisch und taktisch aus dem Untergrund operiert. Dies war zunächst aus der Not geboren. Das historische Ereignis, auf das sich Schmitt als Ausgang bezieht, war der Befreiungskrieg der Spanier gegen Napoleon. Seitdem hat es viele Kampfformen dieser Art gegeben, die über die IRA oder die ETA, über die antikolonialistischen Bewegungen der Mau-Mau oder der algerischen FLA bis hin zu der chinesischen, vietnamesischen oder kubanischen Guerilla reichten. Diese Kampfformen, die sowohl nach dem Völkerrecht als auch nach der Genfer Konvention nicht zulässig waren, da ihnen allen ein Element des Terrors gegen Zivilpersonen zu eigen war, haben im Fortgang das Völkerrecht teilweise ausgehöhlt. Andererseits haben diese Gruppierungen aber auch eine De-facto-Legitimation erreicht, da sie in einigen Fällen zum Beispiel als Befreiungsbewegungen anerkannt wurden.

### Globaler Markt der Kriegsführung

In diesem Rahmen fällt auf, dass sich ein neues Unternehmertum in Sachen Krieg etabliert hat. Dies betrifft nicht den religiösen Krieger oder den Guerilla. Die *Corporate Warriors* (P. W. Singer) sind keine Fernsehhelden, sondern Unternehmen. Nur ein Teil von ihnen operiert an Kriegs-

schauplätzen, da sie Truppen organisieren. Ihre Söldner sind unbekannt. Dies teilen sie mit dem Partisanen. Es wird vermutet, dass viele Offiziere des ehemaligen KGB heute in Diensten privater „Sicherheitsunternehmen“ tätig sind. Es gibt mittlerweile Firmen, deren Namen zwar bekannt sind, nicht jedoch ihre Größe und Operationsweise. Diese Firmen handeln mit der Bereitstellung von militärischen Dienstleistungen und orientieren sich am Markt. Die amerikanische und die britische Regierung scheinen das zu tolerieren. Dem Anschein nach sind diese Unternehmungen auch effizient und rüsten ihre Verbände mit den modernsten Waffensystemen aus. Wieder andere Firmen sind für das Training von Spezialeinheiten zuständig. (Hier könnte man sich ehemalige Offiziere verschiedener Staaten recht gut als Angestellte vorstellen; ihre Bezahlung läge bei einem Vielfachen ihres früheren Verdienstes.) Diese Trainingscamps schulen militärische Einheiten aus aller Welt.

Der Vorteil dieser Arbeitsteilung liegt darin, dass auf ideologische Indoktrination verzichtet werden kann. Die Ausbilder werden bezahlt, und sie werden ihr Bestes tun. Hängt doch ihre weitere Beschäftigung von ihrem Ruf ab. Die dritte Ebene der Firma sind die kaufbaren Kampfeinheiten, die für den schnellen Einsatz eines gefährdeten Potentaten oder Politikers zur Verfügung stehen. Diese drei organisatorisch zu trennenden Funktionen solcher Unternehmen können alle unter einem Dach bestehen oder aber als einzelne Firmen auftreten. Die Spezialisierung scheint Sinn zu machen. Jede der drei Sparten kann hochspezialisiert sein. Flugzeuge können zum Beispiel geleast werden, um Einheiten zum Einsatz zu fliegen. Andere Firmen stellen das Kriegsmaterial zur Verfügung, dritte Firmen die Kampfhubschrauber und vierte die Kampfeinheiten. Offensichtlich eine wirtschaftlich effektive Organisation, die

man nutzen kann und durch die sich Staaten entlasten können.

Stimmen aber die Systemrationalitäten des politischen und des wirtschaftlichen Systems ohne weiteres überein?

## Risiken und Gefahren

Im Unterschied zu Staaten kalkulieren Firmen nach Maßgabe einer wirtschaftlichen Zweckrationalität. Wird ein Risiko für sie zu hoch, so ziehen sie sich aus einem Geschäftsbereich auch zurück. Im politischen System dagegen werden Verpflichtungen eingegangen, die zum Beispiel bei kollektiven Gütern nicht kurzfristig infrage gestellt werden. Das hat Auswirkungen auf den Bindungscharakter von eingegangenen Verpflichtungen.

Allein gelassen und schlecht informiert, versagte zum Beispiel eine nepalesische Gurkha-Einheit: Ihr Kommandeur kam im Bürgerkrieg in Sierra Leone um, die Truppe konnte nur knapp entkommen, der Kommandeur fiel kannibalistischen Ritualen zum Opfer. Aufschlussreich ist diesbezüglich auch eine Begebenheit in dem Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea 1997. Äthiopien hatte eine gesamte russische Jägereinheit angeheuert, die im Kampf gegen Eritrea den entscheidenden Luftvorteil bringen sollte. Als die russischen Luftwaffenoffiziere erfuhren, dass Eritrea auch russische und ukrainische Piloten unter Vertrag hatte, verlor sich der Kampfgeist der Russen, aus nahe liegenden Gründen.

Handelt es sich bei solchen Fällen um Risiken, die auch den jeweiligen Situationen geschuldet sein können, so stellt sich das Organisationsproblem des Managements der NATO auf einer anderen Ebene dar, da es die Organisationsstruktur des politischen Systems betrifft. Großbritannien und die USA haben zum Beispiel aus Kostengründen Teile ihrer Logistik an private Firmen ausgelagert, die zum Beispiel im Kosovo-Konflikt Teile der amerikanischen Streitkräfte zu befördern hat-

ten. Präsident Clinton konnte so die Auflagen des Kongresses umgehen und mit geringeren Kontingenten doch eine höhere Präsenz auf dem Kriegsschauplatz simulieren: Er nutzte britische Firmen für Versorgung, Logistik und Informationsbeschaffung, wurde aber von diesen Firmen übervorteilt. Von sieben mit den Firmen vereinbarten Aufgaben wurden von ihnen fünf nicht ordnungsgemäß (vertragsgemäß) ausgeführt.

Das Restrukturierungsmodell liegt nahe: Warum sollte man nicht Teile aus der traditionellen Verteidigung outsourcen, um den Haushalt zu entlasten? Die bestehende Verteidigungsverwaltung ist von ihrer Organisation her eher schwerfällig. Ihre Mitarbeiter sind an Beschäftigung und Karriere interessiert. Warum sollte man die so genannten „Wasserköpfe“ nicht entfernen und durch eine schlanke Organisation ersetzen? Warum braucht die Bundeswehr zusammen mit WEU und der EU eine eigene – heute ohnehin schon stark eingeschränkte – Lufttransportfähigkeit, um mit den Amerikanern hinsichtlich *power projection* mithalten zu können? Wenn private multinationale Konzerne daran interessiert sein sollten, dieses Geschäft zu übernehmen, dann wäre dagegen doch nichts einzuwenden. In der Folge des Keynesianischen Gesellschaftsmodelles wuchsen die staatlichen Verwaltungen. Dies führte zu einer Gesetzesflut, die immer weniger wirklich zu regeln vermochte. Insofern bleiben Deregulierung und Neubestimmung der Steuerungsfunktion des Staates weiterhin ein zu lösendes Problem.

Man erkennt hier die Risiken, die sich heute in Fragen der Sicherheit und Konfliktregelung stellen. Wir erkennen aber auch, dass wir noch nicht über Organisationsmodelle verfügen, die eine Antwort auf diese Situation geben können. Vielleicht wird eine Konfliktregelung in bestimmten Regionen nur dadurch herbeizuführen sein, dass man, je nach Fall,

nicht eingreift und auf Selbstorganisation und -regelung setzt. Welche Veränderungen sich diesbezüglich durch den Kampf gegen den Terrorismus, aber auch gegen den Drogenhandel für die europäischen Staaten in den nächsten Jahren ergeben werden, ist noch schwer abzuschätzen.

## Neue Grenzverläufe

Um Kriegsführung unter der Voraussetzung von Globalisierung besser einschätzen zu können, sollten noch zwei weitere Fragen beantwortet werden: Wo werden aller Wahrscheinlichkeit nach die größeren Kriege der nächsten zwanzig Jahre stattfinden? Was hat das alles mit uns zu tun?

Es besteht vielleicht die Chance, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht durch einen Friedensvertrag, sondern durch technische Grenzen beendet wird, der Palästinenser und Israelis voneinander trennt. Die Staatenwelt jener Region ist in einer Weise organisiert, die dem Grundsatz gehorcht: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Diese Logik reicht von der Türkei über den Iran, den Irak, Aserbaidshan, anderen neuen Staaten an der moslemischen Südflanke Russlands bis nach Indien und China. Der gegenwärtige Konflikt zwischen Pakistan und Indien gibt einen Eindruck von der Brisanz der Kriegsbereitschaft in jenen Regionen. Manche Konflikte dort könnten mit primitiven Waffen durchgefochten werden, andere auf High-Tech-Niveau. So könnten zum Beispiel die Ölstaaten am Persischen Golf und auf der arabischen Halbinsel mithilfe der erwähnten *corporate warriors* Kriege führen, die weit über ihre Stärke als Staaten hinausgingen. Dies einfach deshalb, da sie über entsprechende Finanzmittel verfügen. Die Grundsituation in der arabischen Welt lässt es nicht ausschließen, dass sich dort noch lange Zeit Anlässe zu Auseinandersetzungen mit nicht gerade friedlichen Mitteln ergeben werden:

Nach einem Ende des israelisch-palästinensischen Konfliktes könnten sich revolutionäre und terroristische islamische Gruppen wieder stärker nach innen wenden. Die religiösen Konflikte auf dem indischen Subkontinent schwelen weiter. Pakistan ist zudem ein multiethnischer Staat, zudem ist dort auch noch lange Zeit ein religiöser Konflikt zwischen islamischem Fundamentalismus, gemäßigten Gruppierungen und dem Militär programmiert.

Dass Kriege nunmehr von Wirtschaftsunternehmen organisiert werden, bringt aber auch neue Gefahren mit sich. Zwar sehen sich die im Sicherheitsgeschäft tätigen multinationalen Firmen nur als Serviceleister, aber einmal involviert, können sie zum Beispiel Kriegsverläufe auch anheizen. Die kausalen Faktoren für Kriege sind äußerst vielfältig geworden. So kann das neue Selbstbewusstsein etwa der Mitglieder islamistischer Gruppierungen und ihrer Sympathisanten genauso ein Potenzial für kriegerische Auseinandersetzungen sein wie die Verschiebung von regionalen Gleichgewichten (Irak, Iran, Türkei), ethnische Konflikte und Militärputsche.

## Neue Kriminalität

Die staatliche Ordnungspolitik hat heute die unterschiedlichsten Mit- und Gegenspieler. Für die Staaten der Europäischen Union sind als neue Gegenspieler die Schattenwirtschaft und der erweiterte Spielraum der organisierten Kriminalität hinzugekommen. Es gibt aber auch Bedrohungen und Gefahren ganz anderer Art, die sich als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion ergeben haben. Nicht alle ehemaligen KGB-Offiziere und russischen Atomwissenschaftler haben ihren „bürgerlichen“ Beruf unter veränderten Bedingungen weiter ausüben können. Einige sind sicherlich zum „Militär“ gewechselt; von anderen Berufsgruppen, wie den hoch qualifizierten Wissenschaft-

lern, wird befürchtet, dass sie zum Beispiel im Irak beim Aufbau von Giftgasfabriken oder bei der Herstellung von Atomwaffen mitarbeiten. Wieder andere, überflüssige Teile der alten Staatsorganisation, mischen heute beim organisierten Verbrechen mit. Dies wird auch von Mitgliedern des rumänischen Geheimdienstes, der Securitate, vermutet. An Beispielen dafür dürfte es in den neunziger Jahren nicht fehlen. Das Wohlstandsgefälle, das an den Außengrenzen der Europäischen Union besonders sichtbar wird, fördert naheliegenderweise die organisierte Kriminalität. Das hat sich Anfang bis Mitte der neunziger Jahre besonders auf dem Gebiet des organisierten Autodiebstahles gezeigt. Dieses Unwesen scheint mittlerweile begrenzt worden zu sein, obwohl die organisierte Kriminalität für den russischen Staat weiterhin ein großes Hemmnis auch beim wirtschaftlichen Aufbau darstellt. Es wird vermutet, dass es dort ein Netz zwischen Mafia, Behörden und Polizei gibt. Vergleichbares gilt für die Schattenwirtschaft, nicht nur in Russland, sondern auch auf dem Balkan. Es gehört zu einem klassischen Bestandteil sozialwissenschaftlichen Wissens, dass Kriminalität zur Innovation führt. Dadurch werden Innovationsspiralen auf beiden Seiten ausgelöst, die sich einer Steuerung entziehen. Sie sind dahingehend total, da sie nicht nur ein Kleinarbeiten von Problemlösungen von Kriminalität in den Bereichen der Verwaltungen, des Rechtes, der Politik und der Wirtschaft betreffen, sondern zu einer Verunsicherung führen, die ihrerseits projektiv ist. Wir wollen etwa nicht glauben, dass, um bei den Beispielen zu bleiben, die „Mentalität“ der Osteuropäer auch eine Fiktion ist. Es hängt von den Anschlusschancen der jeweiligen Teilbereiche, etwa des Wirtschaftssystems, ab, ob es sich um Übergangsprobleme handelt. Man braucht dabei nicht den diabolischen Zusammenhang von Tradition

und kollektiver Mentalität zu unterschätzen. Das ist soziologisches Gemeingut. Sondern es geht um strukturelle Probleme im Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik. Die Ordnungspolitik wird in Russland noch lange Zeit dadurch belastet sein, dass es dort ein regelrechtes Tauziehen zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Regionen gibt. Das führt zu staatlichen Steuerungsprogrammen, deren Erfolg wiederum nicht gewährleistet werden kann. Dadurch bleibt ein für Russland traditionell vorliegendes Problem weiterhin bestehen, dass in einer mangelnden Selbstständigkeit der Regionen zu sehen ist.

### Eine Welt ohne Krieg?

Es wurde in der Staatsphilosophie der Neuzeit immer wieder nach der Rechtfertigung eines Krieges gefragt. „Gibt es einen gerechten Krieg?“ war die beunruhigende Frage, die bis in die Gegenwart hinein gestellt wird. Dabei handelt es sich nicht nur um einen moralischen Standpunkt, sondern um die Legitimationsprogramme des politischen Systems. Es sind Bindungen herzustellen, da ja jeder Krieg Opfer mit sich bringt. Wir neigen dazu, den Krieg unter den Gesichtspunkten der Vorteilnahme, der Expansion und des Sicherheitsbedürfnisses zu beschreiben. Rückblickend gab es, außer dem Falkland-Einsatz, nach dem Zweiten Weltkrieg koloniale Rückzugskriege, die aus politischen und wirtschaftlichen Interessen von Großbritannien und Frankreich zum Beispiel geführt wurden.

Die Frage nach dem gerechten Krieg mag immer wieder ein Problem sein, das sich nicht unvoreingenommen und schlüssig beantworten lässt. Gibt es eine soziologische Antwort auf das scheinbar Unvermeidbare und Unverständliche Ausbrechen eines Krieges? Die Antwort ist auch jenseits unseres Selbstverständnisses als Mitglieder der westlich-zivilen Kultur und des politischen Programmes

der friedlichen Regelung von Handlungskonflikten zu suchen. Dabei sind die uns vertrauten Alltagserklärungen weniger hilfreich. Um dieses zum Schluss anzuschneiden, haben wir den moralischen Standpunkt zu verlassen.

In den Kriegen der europäischen Nationalstaaten, in denen sich ein Machtgleichgewicht herstellte, fällt zudem noch etwas anderes auf. Krieg mag schrecklich sein, aber er bindet auch die Teilnehmer gegen ihre eigenen Absichten. Sie haben nicht nur nicht kalkulierbare Folgen und eine ihnen eigene nicht vorhersehbare Dynamik, sondern sie überprüfen und artikulieren eine kollektive Identität, die im bürgerlichen Alltagsleben nicht sichtbar ist und entbehrlich scheint, wie zum Beispiel in der Folge des amerikanischen Bürgerkrieges. Soziale Systeme benötigen für ihre Stabilisierung Bindungswirkungen, die ihre Grenzverläufe stabilisieren. Das sind keine räumlichen Grenzen, die einen inneren Teil gegenüber einem Außenbereich schützen, sondern Grenzen der kollektiven Identität ihrer Mitglieder. Kriege sind Ereignisse und haben auch nicht beabsichtigte Folgen, die oft über die Interessen ihrer Teilnehmer hinausgehen. Sie verzeichnen eine ihnen eigene Dynamik, die sich der Steuerung der Teilnehmer entzieht. Dabei geht es nicht um ein moralisches Problem. Insofern ist Krieg, ob er nach innen oder außen geführt wird, immer auch ein Test für die Selbstvergewisserung der Stabilisierung der Grenzverläufe von sozialen Systemen.

Die Sache scheint verworren. Damit sind wir wieder bei dem Krieg unter der Voraussetzung von Globalisierung. Wir können ihn nicht so ohne weiteres auf einen einheitlichen Nenner bringen. Vor allem versagen unsere Interpretationsmodelle. Das ist kein Zufall. Es ist ein globaler Krieg und nicht mehr wesentlich einer

der Armeen und Staaten, sondern der Ethnien, Clans, der Terrorgruppen, der Firmen, die ihn organisieren, der von verrückten Einzeltätern, aber auch der verletzten kollektiven Identitäten. Selbst wenn der Krieg nicht der Vater aller Dinge und man diesbezüglich kein Hegelianer ist, auf seine unterschiedlichen Gestalten, in denen er weiter auftreten wird, sollte man eingestellt sein.

Soviel wir heute rückblickend wissen können, gibt es auch ein diabolisches Verhältnis zwischen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einer Regulierung von Konfliktpotenzial. Es besteht darin, dass ohne eine Chance, ein Einkommen zu haben, auch eine Befriedung von vielen Regionen in einem globalen Weltsystem letztlich unmöglich sein wird. Wir sind heute dazu genötigt, eine Einstellung dazu auszubilden, dass dieses aber im globalen Maßstab kaum gelingen wird. Von dort aus sollten dann die Problemlösungen gesucht werden; das heißt, wir werden lernen müssen, dass wir nicht umhinkommen eine Differenzeinstellung einzunehmen. Wir neigen immer wieder dazu, uns von den Rhetorikern, vor allem im politischen System, aber auch von Organisationen wie der UNESCO, fehlleiten lassen. Sie fordern einen globalen Wohlstand und eine globale Gerechtigkeit. Aber eine globale Wirtschaft, die nicht mehr zurückzunehmen ist, wird nicht zu einem Wohlstand für alle führen. Wir haben uns innerhalb dieses Systems auf soziale Verwerfungen, Unsicherheiten, anomische Entwicklungen und Ausgrenzungen einzustellen. Sie werden uns vor ganz neue Herausforderungen stellen. Dies wird die Welt nach dem 11. September sein, der zu einem symbolischen Datum zu werden scheint. Ob es sich dabei um eine Medienrhetorik oder um ein „Geschichtszeichen“ handelt, haben wir noch abzuwarten.